

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:47 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Reinhard Hegewald

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

CDU/FDP

Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Heino Ammersken
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Holger Klaassen

für Beigeordneten Erich Bolinius
für Ratsherrn Roland Riese

SPD

Bürgermeisterin Lina Meyer
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Bernd Kalkkuhl
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Beigeordneter Johann Südhoff

für Ratsherrn Jürjen Heinks

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken

Von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Jan Röttgers
Stadtrat Martin Lutz
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt
Stadtamtsrat Dieter Denkmann
Stadtamtmann Artur Willms
Stadtamtsrat Wilhelm Büüsker
Stadtangestellter Dietmar Grabowski
Stadtangestellte Sandra Dankhoff als Protokollführer

2 Vertreter der örtlichen Presse

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Hegewald eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Da keine Einwände gegen die Tagesordnung bestehen, stellt **Herr Hegewald** die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung fest.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 12.06.2003

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 12.06.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: Einstimmig
12 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden von den anwesenden Einwohnern keine Anfragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 5 Vorlage 14-882
Quartalsberichtsergebnis zum 30.09.2003

Herr Mansholt stellt das Quartalsberichtsergebnis zum 30.09.2003 einschließlich einer Ergebnisprognose zum 31.12.2003 vor. In der Gesamtübersicht sei zu erkennen, dass ein Defizit i.H.v. 675.000 Euro prognostiziert werde, wobei jedoch bis zum Jahresende ein Null-Ergebnis erreicht werden solle.

Erfreulich sei, dass die Personalkosten ausreichen werden und sich diesbezüglich sogar eine Einsparung von 300.000 Euro abzeichne. Die Ansätze der Unterhaltungskosten werden, bedingt durch die bauliche Unterhaltung der Schulen, wahrscheinlich nicht ausreichen. Bei den Sachkosten und den Inneren Verrechnungen liege man im Soll, wobei hingegen der Ansatz für die Zuweisungen und Zuschüsse um ca. 2 Mio. Euro überschritten werde, da u.a. bei der Sozialhilfe bereits eine Überschreitung von 0,5 Mio. Euro prognostiziert sei. Bei den einzelnen Erlösarten werde bei den Steuern eine Mehreinnahme i.H.v. 950.000 Euro prognostiziert, bei den Gebühren werde der Ansatz leicht unterschritten und bei den Erstattungen, Zuweisungen, Zuschüssen sei eine leichte Mehreinnahme zu verzeichnen.

Bei den Stabsstellen gehe man davon aus, dass der Haushaltsansatz für das laufende Jahr ausreiche. Im Bereich der Personalkosten erwarte man durch Stellenvakanzen eine geringe Einsparung von 74.000 Euro. Mehreinnahmen seien bei den Gebühren, Entgelten zu verzeichnen, die durch eine einmalige Aktion im OB-Büro entstanden seien. Bei den Erlösen

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

aus Inneren Verrechnungen werde der Ansatz um 60.000 Euro unterschritten, wobei insbesondere das Rechnungsprüfungsamt den Ansatz nicht erreichen werde.

Im Fachbereich 200 Interne Dienste erhöht sich der Ansatz bei den kalkulatorischen Kosten um 377.000 Euro. Zu diesem Mehrbedarf bei den kalkulatorischen Kosten merkt **Herr Mansholt** an, dass diesbezüglich verkürzte Abschreibungszeiträume für die Hardwareausstattung (FD 212 Informations- und Kommunikationstechnik) ursächlich seien. Als Gegenelement hierzu sei jedoch eine Mehreinnahme im Finanzbudget zu verzeichnen. Der Ansatz für die Erstattungen, Zuweisungen, Zuschüsse steige um 122.000 Euro, weil der FD Finanzen und Abgaben höhere Erlöse für seine Leistungen vom BEE erhalten werde. Das Anordnungs-Soll für sonstige Finanzeinnahmen zum 30.9.2003 i.H.v. 621.000 Euro ergebe sich aufgrund von Sollstellungen der Stadtkasse mit Mahnläufen für zurückliegende Zeiträume. Da nicht damit zu rechnen sei, dass das geforderte Geld aus den Mahnläufen auch tatsächlich eingehe, sei nur ein geringer Betrag i.H.v. 8.000 Euro als Einsparung beim Ergebnis zum 31.12.2003 kalkuliert.

Im Fachbereich 300 Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sei ein enormer Rückgang der Gebühren und Entgelte zu verzeichnen, der sich durch den Rückgang der Baugenehmigungsgebühren erklären lasse. Die Einsparung bei den Inneren Verrechnungen im Kostenbereich und im Erlösbereich sei darauf zurückzuführen, dass im Kostenbereich eine halbjährliche Rechnungsstellung und im Einnahmebereich eine verzögerte Rechnungsstellung erfolge.

Im Fachbereich 400 Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice werde der Ansatz für die Personalkosten ausreichen. Dem Kostenrückgang im ABM-Bereich stehe ein entsprechender Einnahmerückgang in diesem Bereich gegenüber. Der Ansatz bei den Sachkosten steige um 171.000 Euro, wobei diese Mehrkosten durch die neue Leitstelle der Feuerwehr verursacht worden seien. Ein Ausgleich könne durch Mehreinnahmen bei den Erstattungen, Zuweisungen, Zuschüssen erfolgen. Bei den sonstigen Finanzeinnahmen werde das Haushaltssoll nicht erreicht, weil von einer Einnahmeunterschreitung bei den Ordnungswidrigkeiten ausgegangen werde.

Im Fachbereich 500 Gesundheit und Soziales zeichne sich ab, dass der Haushaltsansatz bei den Zuweisungen, Zuschüssen um 921.000 Euro überschritten werde; dies sei auf den Bereich der Eingliederungshilfe zurückzuführen (gestiegene Fallzahlen, hohe Einzelfallkosten, Nachforderungen aus Vorjahren).

Im Fachbereich 600 Jugend, Schule und Sport gehe man bei den Unterhaltungskosten davon aus, dass ein Mehrbedarf i.H.v. 230.000 Euro entstehe. Bei den Sachkosten reiche der Ansatz ebenfalls nicht aus, weil für die Ferienpassaktion für Werkverträge ca. 49.000 Euro zusätzlich benötigt worden seien. Die Inneren Verrechnungen seien an das Rechnungsergebnis von 2002 angepasst worden. Bei den Zuweisungen, Zuschüssen ergeben sich Mehrausgaben i.H.v. 1.155.000 Euro, die im Bereich des Sozialen Dienstes bei der Hilfe zur Erziehung im stationären und ambulanten Bereich durch steigende Fallzahlen verursacht werden (1.127.000 Euro) und im Sportbereich durch Rücknahme der reduzierten Fördermittel (28.000 Euro). Es ergeben sich Mehreinnahmen bei den Gebühren durch Überzahlung von Sozialermäßigungen. Bei den Erstattungen, Zuweisungen, Zuschüssen werden die Erlöse höher ausfallen durch Kostenerstattungen anderer Jugendämter und übergeleitete Unterhaltszahlungen.

Beim Baubetrieb sei im Ergebnis 2002 noch für drei Monate der Eigenbetrieb BEE mit enthalten. Im Soll 2003 und im erwarteten Ergebnis für den 31.12.2003 werden nur noch die Zahlen vom Baubetrieb dargestellt. Bei den Personalkosten werde eine Einsparung i.H.v. 121.000 Euro erfolgen, die durch die abrechnungstechnische Zuordnung der Betriebsleiter des Baubetriebes zum BEE bedingt sei. Außerdem erhöhe sich der Sachkostenanteil.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Bei den sonstigen Betrieben gehe man davon aus, dass der Ansatz für das laufende Haushaltsjahr ausreiche. Bei der Nordseehalle falle im Sachkostenbereich eventuell eine Mehrausgabe an und es werde ein Anstieg der kalkulatorischen Kosten sowie ein Rückgang der Entgelte erwartet. Der Ausgabenrückgang im ABM-Bereich korrespondiert mit dem Einnahmerückgang.

Das Finanzbudget sei der einzige Bereich, der ein positives Ergebnis ausweisen könne. Die dort anfallenden Personalkosten seien hauptsächlich im Bereich Aus- und Fortbildung zu finden. Es werde mit Mindereinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer i.H.v. 1,0 Mio. Euro gerechnet, die jedoch durch einmalige Zahlungen aus dem Finanzausgleich für Vorjahre wieder ausgeglichen werden. Des Weiteren korrespondiere der Anstieg bei den sonstigen Finanzeinnahmen mit dem Anstieg der kalkulatorischen Kosten in den Fachbereichen.

Bezogen auf die Gesamtübersicht sei festzustellen, dass Mehrausgaben i.H.v. 2.300.000 Euro Mehreinnahmen von 1.600.000 Euro gegenüberstehen, so dass sich ein Gesamtdefizit von ca. 700.000 Euro ergebe.

Herr Lutz erläutert, dass sich in diesem Jahr das prognostizierte Defizit i.H.v. 675.000 Euro nicht durch geringere Einnahmen ergebe, sondern durch höhere Ausgaben, wie z. B. im Bereich der Grundsicherung. Man werde aber alles daran setzen, ein Null-Ergebnis zu erreichen.

Herr Ammersken bedankt sich für das vorliegende Zahlenwerk und weist darauf hin, dass er es begrüßen würde, wenn die Quartalsabschlüsse kontinuierlich in jeder FIO-Sitzung vorgestellt werden.

Herr Brinkmann gibt als Zielsetzung vor, die Verschuldung zurückzuführen. Im Bereich Personalkosten habe man bereits ein positives Ergebnis erreicht, denn seit Beginn der 90-er Jahre habe man 20-25 % an Personal eingespart. Die Vorgabe der Fa. Mummert & Partner bzgl. der Personalbedarfsanalyse habe man bis auf 6-7 Stellen erreicht. Er weise darauf hin, dass man neue Einrichtungen geschaffen habe, wie z. B. die Zukunft Emden GmbH. Wenn die neue Steuerreform eintrete, werde es im nächsten Jahr einen radikalen Bruch geben und man müsse alle Probleme neu anfassen.

Herr Janssen erkundigt sich, woran es liege, dass die Sozialhilfefälle ansteigen.

Herr Lutz macht deutlich, dass der Anstieg der Sozialhilfefälle nicht mit dem Zuzug bzw. Wegzug von Personen zusammenhänge, sondern dass die Grundsicherung zu niedrig sei und dazu dann noch ergänzende Sozialhilfe gezahlt werden müsse, so dass sich ein weiterer Anstieg der Sozialhilfefälle ergebe.

Kenntnis genommen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 6 Vorlage 14-875
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Herr Lutz gibt Informationen zum Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004 anhand einer Power-Point-Präsentation, die als Anlage beigefügt ist.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Die Einnahmen des Staates reichen einfach nicht mehr aus und es müsse überall gespart werden, jedoch seien die wenigsten auch dazu bereit. Anhand einer Grafik zum Defizit der städtischen Verwaltungshaushalte lasse sich erkennen, dass 1992 das Defizit noch unter 1 Mrd. Euro gelegen habe und bis 2002 stetig angestiegen sei. Außerdem seien die Kassenkredite der Kommunen extrem angestiegen und hätten 2002 bei ca. 11 Mrd. Euro gelegen. Die Sachinvestitionen in den kommunalen Haushalten hätten 1992 noch bei rund 35 Mrd. Euro gelegen und bis zum Jahr 2003 wären seitens der Kommunen ca. 10 Mrd. Euro weniger investiert worden.

Unter Hinweis auf eine Grafik zum kommunalen Personalabbau in Ost und West stellt **Herr Lutz** dar, dass es 1992 noch ca. 2 Mio. Beschäftigte gegeben habe. Der ursprüngliche Personalbestand sei durch einen stetigen Personalabbau bis zum 31.12.2002 auf ca. 1.600.000 Beschäftigte reduziert worden. Eine Grafik zum Personalabbau in Emden stelle dar, dass es 1993 noch 1.019 Beschäftigte gegeben habe und danach ein ständiger Rückgang zu verzeichnen gewesen sei. Im Jahre 2004 werde es noch 722 Beschäftigte bei der Emder Stadtverwaltung einschließlich BEE geben, so dass sich ein Personalabbau von rd. 30 % darstelle. Somit sei man fast gleichauf mit der Vorgabe der Firma Mummert & Partner.

Bei der Entwicklung der Hebesätze der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer verhalte es sich so, dass bundesweit der Hebesatz der Gewerbesteuer fast konstant geblieben und erst im Jahre 2001 ein leichter Rückgang zu erkennen sei. Bei der Grundsteuer B, die jeder Grundstückseigentümer zu zahlen habe, sei der Hebesatz jedes Jahr angestiegen. Mit Hilfe einer weiteren Grafik stellt **Herr Lutz** die Strukturveränderungen der kommunalen Steuerbasis dar. Er geht in diesem Zusammenhang auf das zurzeit geltende Recht, das Kommunal-Modell und das BDI / VCI-Modell ein. Derzeit trage der Einwohner etwa 50 % der Kosten einer Stadt. Personenunternehmen (Handwerksunternehmen) hingegen würden ca. 23-24 % tragen und seien fast gleichauf mit den Kapitalgesellschaften. Mit dem Kommunal-Modell wollen die Kommunen erreichen, dass der Kreis der Gewerbesteuerzahler vergrößert wird, insbesondere dass die Freiberufler mit Gewerblichen gleichgestellt werden. Das BDI / VCI-Modell fordert eine Entlastung der Kapitalgesellschaften und der Personenunternehmen, parallel sollen die Selbständigen einen größeren Anteil tragen. Den höchsten Kostenanteil würde bei diesem Modell jedoch den Einwohnern auferlegt werden.

Weiterhin gibt **Herr Lutz** Beispiele für Aufgaben ohne Mittelzuweisung, die Städten und Kommunen von Bund und Land übertragen worden seien, wie z. B. Grundsicherung (Bund) und Schulstruktur (Land). **Herr Lutz** stellt ein Rettungsprogramm vor, welches aus acht Punkten bestehe, um den Gefahren für die Selbstverwaltung vorzubeugen. Darin gehe es u.a. darum, keine weiteren Belastungen durch Bund und Länder zuzulassen, die Gemeindefinanzen zu verbessern, finanzielle Notlagen zu beseitigen sowie die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.

Trotz vieler Unwägbarkeiten, was die Entwicklungen zur Steuerreform angehe, sei dennoch der Entwurf eines Budgetbuches erstellt worden, da davon ausgegangen werde, dass die sich abzeichnenden negativen Tendenzen bei den Steuereinnahmen insbesondere durch Soforthilfen für die Kommunen annähernd ausgleichen werden. Die Stadt Emden nehme mit ihrer Finanzausstattung und dem vierten ausgeglichenen Haushalt infolge unter vielen Städten eine besondere Stellung ein. Die Ausnahmestellung sei auch damit belegt, dass keine Kassenkredite aufgenommen werden mussten. Man müsse davon ausgehen, dass die Steuerreform vorgezogen werde, was bedeutet, dass u.a. die Einkommensteuereinnahmen zurückgehen werden. Außerdem werde das BDI-Modell wahrscheinlich erst 2005 und die Gemeindefinanzreform erst ab 2006 / 2007 greifen.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Herr Lutz erläutert, welche Kürzungen bei den Ausgaben im Haushalt vorgenommen worden seien. So seien z. B. Personalkosten eingespart worden, weil auf sofortige Wiederbesetzungen verzichtet worden sei. Durch Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft (z. B. Industriepark Frisia, Allianz der Vernunft) werden Arbeitsplätze geschaffen und lassen ein Absinken der Kosten für Sozialhilfe und Hilfe zur Arbeit erwarten.

Eine Grafik bzgl. der Netto-Neuverschuldung der Stadt Emden mache deutlich, dass im Jahre 2004 eine Nettoneuverschuldung von fast 4 Mio., im Jahre 2005 von 2,7 Mio. und im Jahre 2006 in Höhe von 1,8 Mio. Euro vorgesehen sei. Ab dem Jahre 2007 sei keine Netto-Neuverschuldung mehr eingeplant.

Herr Lutz geht näher auf diese Thematik ein und erläutert, welche Weichenstellungen von der Stadt Emden erfolgt seien. So sei aus der Schlachthof GmbH die Zukunft Emden GmbH entwickelt worden. Durch den vorgesehenen optimierten Regiebetrieb Gebäudewirtschaft und durch ein neues wirtschaftlicher zu betreibendes Verwaltungsgebäude erwarte man Einsparungen. Außerdem solle die Stadt Emden durch die Entwicklungen am Alten Binnenhafen attraktiver werden.

Im Eckwertebeschluss des städtischen Haushaltes seien noch Änderungen notwendig geworden: Die Erziehungsberatungsstelle werde als eigene Stelle aufgeführt, die Anstalt für die Schulen werde nicht mehr verwirklicht und der Investitionshaushalt und die Finanzplanung seien überarbeitet worden und bis 2007 fortgeschrieben.

Bei der Fortschreibung des Investitionsplanes seien laufende Investitionen beibehalten worden, wie z. B. Soziale Stadt Barenburg, Umbau Landesmuseum, Alter Binnenhafen, Straßenbau, Neubau von Schulen. Es werden Gelder für die Ausstattung des Bunkers Geibelstraße und für den Brandschutz im Neuen Theater sowie der BBS II eingeplant und Investitionen für Sport, Radwege, Feuerwehr, Kinderspielplätze und Brückeninstandsetzung werden verstetigt.

Bei der Entwicklung der Verschuldung der Stadt Emden sei erkennbar, dass eine Verschiebung von Investitionen aus 2003 nach 2004 zu einer erhöhten Neuverschuldung geführt habe. Es seien fast nur bisherige Investitionen fortgeschrieben worden; ab 2007 solle die Verschuldung zurückgeführt werden.

Das vorliegende Budgetbuch sei eine Zusammenfassung des Haushaltsplanes und des Produktbuches. Durch diese Zusammenfassung solle bereits ein weiterer Schritt in Richtung der doppischen Darstellung gemacht werden. Das Budgetbuch sei übersichtlich und gut lesbar; es sei möglich, zum jeweiligen Fachausschuss nur den Teil mitzunehmen, der die Fachausschusssitzung betreffe.

Herr Jahnke ist der Meinung, dass das Budgetbuch eine vernünftige Form aufweise und damit ein solides und besseres Arbeiten ermögliche.

Die großen Reformpakete würden noch Bedenken machen, jedoch müsse man abwarten, was sich bis Mitte November ergeben werde. Deshalb werde es wahrscheinlich auch nicht möglich sein, den Haushalt am 18.12.2003 zu verabschieden. Außerdem sei eine Netto-Neuverschuldung für 2004 i.H.v. 4 Mio. Euro eine Situation, die gefährlich sei.

Herr Janssen gibt zur Kenntnis, dass die Fraktionen bzgl. des Budgets an die Arbeit gehen werden mit dem Ziel, eine interfraktionelle Lösung zu finden.

Herr Renken vertritt die Auffassung, dass die Richtung, die der Städtetag vorgeschlagen habe, gut sei. Es sei mutig von der Verwaltung, einen Budgetentwurf vorzulegen mit dem Ziel, den Termin der Haushaltsverabschiedung im Dezember einzuhalten. Einen sehr großen

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Unsicherheitsfaktor stelle der Einbruch der Gewerbesteuer dar, denn statt einer Mehreinnahme müsse mit einer Mindereinnahme gerechnet werden.

Herr Lutz gibt zur Kenntnis, dass ein großer Einbruch der Steuereinnahmen eintreten werde, und dass alle Unternehmen beobachtet werden insbesondere bzgl. ihrer Vorauszahlungen. Er bezifferte den Verlust der Gewerbesteuer-Einnahme bei einem großen Emdener Unternehmen auf ca. 20,6 Mio. Euro.

Herr Ammersken erkundigt sich danach, wie der genaue Auftrag an den Rat aussehe.

Herr Brinkmann entgegnet, dass die Verwaltung überall gespart habe, wo man nur sparen könne. Etwaige Umstrukturierungen innerhalb des Haushaltsentwurfes sowie die Übernahme der diesbezüglichen politischen Verantwortung seien der Auftrag an den Rat. Er erklärt des Weiteren, dass die Verwaltung keine Garantie für die Zahlen übernehmen könne, weil es genug unkalkulierbare Risiken gebe. Aber man wolle versuchen, die Zahlen zu erreichen.

Die Vorlage 14-875 wird an die Fraktionen verwiesen.

Punkt : 7 Vorlage 14-877
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und des Betriebes 836 Rettungsdienst bis 2007

Der TOP 7 sei bereits bei den Ausführungen zu TOP 6 behandelt und deshalb werde diese Vorlage ebenfalls an die Fraktionen verwiesen.

Punkt : 8 Vorlage 14-879
Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2004

Der TOP 8 sei bereits bei den Ausführungen zu TOP 6 behandelt und deshalb werde diese Vorlage ebenfalls an die Fraktionen verwiesen.

Punkt : 9 Vorlage 14-883
Optimierter Regiebetrieb Gebäudewirtschaft

Herr Lutz berichtet, dass es geplant sei, zum 01.01.2004 einen optimierten Regiebetrieb Gebäudewirtschaft zu bilden, d.h., einen Regiebetrieb mit doppischem Buchführungsverfahren. Dabei seien zwei verschiedene Bewirtschaftungsmodelle zu unterscheiden. Das zentrale Merkmal des Vermieter-Mietermodells bestehe in der Zentralisierung der gebäudewirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand. Der Vermieter übernehme die Eigentümerrolle, der raumnutzende Fachbereich übernehme die Mieterrolle, d.h., er würde die Flächen anmieten und dafür an den Vermieter zahlen.

Das Eigentümermodell gehe von einer Dezentralisierung der gebäudewirtschaftlichen Kompetenzen aus. Dabei übernehme der raumnutzende Fachbereich die Eigentümerfunktion, d.h., er wäre für die Bereitstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung des von ihm genutzten Raums selbst verantwortlich.

Herr Lutz stellt dar, dass die KGST aktuell das Vermietermodell empfehle, und dass somit für den geplanten Regiebetrieb Gebäudewirtschaft das Vermieter-Mietermodell geeigneter

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

erscheine als das Eigentümermodell. Da der jährliche Unterhaltungsaufwand derzeit mit 1.569.800 Euro im Haushalt veranschlagt sei, aber 3.700.000 Euro notwendig seien, entstehe ein Unterhaltungsstau. Davon seien hauptsächlich die Schulen betroffen, bei denen ein Nachholbedarf an Unterhaltungsaufwand entstanden sei. Mit der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten solle dann eine städtische GmbH (Gewoba oder Tochter GmbH) beauftragt werden, die an die Stelle der ursprünglich geplanten Anstalt für die Schulen treten solle.

Herr Lutz weist darauf hin, dass man für den 18.12. diesbezüglich einen Beschluss des Rates anstrebe.

Herr Jahnke erkundigt sich, ob die höheren Mieten schon berücksichtigt seien und **Herr Klaassen** möchte wissen, ob das neue Verwaltungsgebäude bereits mit kalkuliert sei.

Herr Brinkmann erläutert zunächst, dass es noch keinen Planungsauftrag gebe. Wenn am 18.12.2003 ein Beschluss gefasst werden solle, werde auch die Planung für das neue Verwaltungsgebäude in Angriff genommen.

Herr Lutz macht deutlich, dass die Stadt nicht zwingend Eigentümer der Schulen sein müsse. Die Mieten für die Anstalt seien einkalkuliert und ausreichend, um eine Instandhaltungsrücklage zu bilden.

Punkt : 10 Vorlage 14-693
4. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung

Der TOP 10 wurde nicht weiter behandelt. Diese Vorlage wird an die Fraktionen verwiesen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 11 Vorlage 14-871
Änderung von § 8 der Hauptsatzung und § 17 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Emden;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Renken nimmt Stellung zu dem vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Wenn die Sitzungen des Verwaltungsausschusses ratsöffentlich erfolgen würden, diene es einem schnelleren Informationstransport und würde mehr Demokratie in die Ratsarbeit hineinbringen.

Herr Janssen spricht sich für eine Verweisung der Vorlage an die Fraktionen aus, da noch erheblicher Beratungsbedarf bestehe.

Die Vorlage wird an die Fraktionen verwiesen.

Punkt : 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und innere Organisation am 30.10.2003

Herr Brinkmann verweist auf den Antrag von Herrn Renken von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen. Darin gehe es um die Veranschlagung eines Zuschusses für die Verbraucherberatungsstelle i.H.v. 4.200 Euro.

Herr Brinkmann geht davon aus, dass alle Zahlungen wie im Jahr 2003 veranschlagt worden seien. Er schlägt vor, diesen Antrag an den Sozialausschuss weiterzuleiten.

Punkt : 13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.